

UNGARN

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit den Parlamentswahlen von 2010 regiert Viktor Orbán nahezu ununterbrochen mit der Zweidrittelmehrheit seiner Fidesz-Partei. Keine Gefahr stellten die oppositionellen Parteien für Fidesz dar, solange sie untereinander zerstritten waren. Erst seit den Kommunalwahlen von 2019 treten diese in einem gemeinsamen Bündnis auf. Gegen den Trend der Meinungsumfragen setzte sich bei der Parlamentswahl am 3. April 2022 die von Viktor Orbán geführte rechtsnationale Fidesz-KDNP-Koalition erneut und nun schon zum vierten Male in Folge mit einer Zweidrittelmehrheit (135 von 199 Sitzen) klar gegen das Wahlbündnis »Vereint für Ungarn« der sechs Oppositionsparteien durch, das sich mit enttäuschenden 56 Mandaten begnügen musste. Neu ins Parlament zog die rechtsextreme Partei »Unsere Heimat« ein, die sieben Sitze gewinnen konnte. Den ungarischen Gewerkschaften stehen vier weitere, voraussichtlich noch schwierigere Jahre in dem übermächtigen System Orbán bevor.

Viktor Orbán führte seine Partei Fidesz im Jahr 2000 aus der Liberalen Internationale in die konservative Europäische Volkspartei hinein – und inzwischen auch aus dieser wieder hinaus. Auf diesem Weg ist er wohl zu einem der umstrittensten Politiker Europas geworden.

»Die Revolution an den Wahlurnen« von 2010, mit der Verfassungsmehrheit im Parlament für Fidesz bei gleichzeitiger Dezimierung der Opposition, deutete Orbán in eine unbegrenzte Vollmacht für sich um, die jede politische Maßnahme seiner Regierung rechtfertige. Tatsächlich begann er gleich nach der Machtübernahme das Land und seine politische Ordnung im Sinne seiner politischen Vorstellungen zu dem System umzubauen, das er einige Jahre später modellhaft als »illiberalen Staat oder illiberale Demokratie« dem westlichen Entwurf der »liberalen Demokratie« provokierend gegenüberstellte.

Die nach dem Systemwechsel modifizierte Verfassung wurde ohne breiten gesellschaftlichen Dialog durch ein historisch und demokratiepolitisch rückwärtsgewandtes Grundgesetz ersetzt, Medien und kulturelle Institutionen gerieten ins Visier der Partei, Streikrecht und Arbeitsgesetzbuch wurden zum Nachteil von Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften verändert, die Unabhängigkeit der Justiz und die Autonomie der Universitäten massiv infrage gestellt, alle wichtigen öffentlichen Posten ausschließlich mit Gefolgsleuten der Partei besetzt, um nur einige Beispiele solcher systemverändernden Maßnahmen der Fidesz-Regierung anzuführen. Das von Orbán unmittelbar nach dem Wahlsieg von 2010 mit großem Pomp proklamierte politische »System der Nationalen Zusammenarbeit« (ungarische Abkürzung: NER) stellte sich rasch als euphemistische Umschreibung seiner autokratischen Bestrebungen heraus.

Die Oppositionsparteien haben sich bei den ungarischen Kommunalwahlen im Jahr 2019 erstmals zu einem – besonders in den größeren Städten – erfolgreichen Bündnis zusammengeschlossen. Wichtigster Beweis für den Erfolg dieser Bündnispolitik ist der oppositionelle Oberbürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony. Die am oppositionellen Bündnis beteiligten Parteien der unterschiedlichsten politischen Richtungen von sozialdemokratischer, links-grüner, liberaler bis rechtskonservativer Provenienz haben in Vorwahlen im Oktober 2021 einen gemeinsamen Ministerpräsidentenkandidaten und jeweils eine/n gemeinsamen Kandidaten/in für jeden der 106 Wahlkreise nominiert. Der gemeinsame MP-Kandidat der vereinten Opposition, Péter Márki-Zay, sagt der Korruption den Kampf an und steht für gesellschaftliche Gleichberechtigung, offene Gesellschaft, liberale Demokratie und Medienfreiheit, aber auch für eine harte Politik gegen illegale Migration ein.

Die Lage der unabhängigen Presse verschlechterte sich im letzten Jahrzehnt zunehmend. Fidesz brachte die Medien in dieser Zeit immer mehr unter seine Kontrolle. Die öffentlich-rechtlichen Sender wurden verstaatlicht. Fidesz kontrolliert die meisten Nachrichtenmedien, aber auch die regionale Presse. Zu Anfang des Jahres 2021 haben gerade

auch die Gewerkschaften eines ihrer letzten, für ihre Anliegen aufgeschlossenen, Medien verloren, das Klub-Radio. Dieser im Großraum um Budapest aktive Hörfunk bekam unter fadenscheiniger Begründung von der Fidesz-gesteuerten Medienaufsichtsbehörde NMHH seine Sendelizenz nicht mehr verlängert. Auf der Rangliste der Medienfreiheit von Reporter ohne Grenzen ist Ungarn seit dem Amtsantritt von Viktor Orbán (2010) von Platz 23 auf Rang 89 (bei 180 erfassten Ländern) abgestürzt. Und gerade erst baute Orbán mit einem bislang einzigartigen Modell von Stiftungen, deren Kuratorien mit parteitreuen Gefolgsleuten Viktor Orbáns besetzt sind, sein Machtgefüge weiter aus. Besonders betroffen sind die staatlichen Universitäten. In diesem Zusammenhang von einem drohenden Parallelstaat zu sprechen, scheint angesichts der Dimension dieser politischen Maßnahme nicht abwegig zu sein. Infolge dieses weitverzweigten Netzwerkes parteipolitischer und ökonomischer Interessen wechselten staatliche Mittel einschließlich der EU-Gelder in nicht unerheblichem Umfang in privates Eigentum über.

Wegen der Pandemie hat die ungarische Regierung im März 2020 eine nationale Gefahrenlage ausgerufen, die vorsieht, dass Orbán bis zu deren Ende per Dekret regieren darf. Diese Gefahrenlage wurde bis zum 30. Juni 2022 verlängert. Der Lockdown in der ersten Welle der Pandemie war in Ungarn erfolgreich, später jedoch hat sich herausgestellt, dass die Öffnung dann wohl zu früh erfolgt ist. Infolgedessen kam es im November 2020 zur zweiten und leider nicht zur letzten Welle, in der es viel mehr Erkrankungen und Tote gab als im Frühjahr. Die dritte Welle katapultierte Ungarn auf Platz 1 in der Statistik der Todesfälle pro 1 Million Personen (2 799). Insgesamt forderte die Pandemie bisher 45 143 Todesopfer bei über 1,8 Millionen Infizierten (Stand vom 22. März 2022). Seit 7. März 2022 sind in Ungarn sämtliche COVID-Sonderregelungen aufgehoben.

Die wichtigste Erkenntnis einer aktuellen [FES-Analyse](#) zu Unterstützungsformen während der Krise ist, dass für das Kapital größere Anstrengungen seitens der Regierung unternommen wurden, während für die Arbeitnehmer_innenseite nur wenig Mittel zur Verfügung standen. Anders als die Arbeitgeberverbände, mit denen die Regierung sich ständig bei informellen Treffen beriet, wurden die Vertretungen der Arbeitnehmer_innen nicht in die Ausarbeitung von Instrumenten des Krisenmanagements einbezogen. Die staatliche Unterstützung für Unternehmen während der Krise diente nicht der Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder der Arbeitsbeziehungen. Der einzige Maßstab für den Erfolg der Krisenhilfe ist, dass so viele Arbeitsplätze wie möglich mit so viel Geld wie nötig »gerettet« werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Ungarn war zu Beginn der »großen Transformation« Anfang der 1990er Jahre ein Musterschüler des wirtschaftlichen Systemwandels und das beliebteste Ziel ausländischer Direktinvestitionen in der Region. Auch wenn die relative Durchdringung der ungarischen Wirtschaft mit ausländischen Direkt-

investitionen inzwischen – wie in der Region insgesamt – leicht rückläufig ist, bleibt sie insgesamt und der Exportsektor im Besonderen sehr stark abhängig vom Engagement multinationaler Konzerne. Und das gilt insbesondere für die Automobilproduktion. Dabei kommt deutschen Konzernen eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig war kaum ein Land der Region in den ersten Jahrzehnten des Systemwechsels so konsequent in der Eliminierung »unproduktiv gewordener« lokaler Unternehmen, wie eine Analyse im Auftrag der [FES 2020](#) deutlich machte. In der Folge wuchs in der ungarischen Bevölkerung eine besonders hohe Frustration über die neue, als »liberal« bezeichnete Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Diese Entwicklung hat wesentlich dazu beigetragen, dass erstens, gut die Hälfte der Ungar_innen in einer repräsentativen Befragung von Policy Solutions und [FES](#) der Meinung ist, ihnen sei es vor der Wende besser gegangen. Zweitens bietet diese Entwicklung bis heute einen sehr fruchtbaren Nährboden für das zentrale »Narrativ« der FIDESZ-Regierung von der Selbstbestimmung Ungarns und dem Schutz vor ausländischen Vorgaben und Rezepten.

Orbán's Version einer »Gesellschaft der Arbeitenden« folgt der einprägsamen Devise, dass nur jene Unterstützung erwarten dürfen, die auch dafür arbeiten. Die Einkommensungleichheit ist in Ungarn in den gut zehn Jahren des von FIDESZ gezielt vorangetriebenen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umbaus deutlich gewachsen, im Gegensatz z. B. zur gegenläufigen Entwicklung in Polen und anderen Visegrád-Ländern.

Frühe Instrumente des Umbaus »von einer Wohlfahrts- zu einer Arbeitsgesellschaft« waren bereits die Einführung einer Pauschalsteuer (flat tax) von inzwischen nur noch 15 Prozent auf Einkommen, einer Pauschalsteuer von lediglich 9 Prozent auf Unternehmensgewinne, einer überaus arbeitgeberfreundlichen Arbeitsgesetzgebung, der Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 3 Monate und bis zur Grenze des Mindestlohnlevels, sowie der Streichung nahezu sämtlicher Sozialleistungen zugunsten eines »Public Works« (staatlich geförderte Beschäftigungsprogramme der Kommunen) Programms. Dies trug wesentlich zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft bei: in einer aktuellen, sehr stark debattierten [Studie von FES](#) und Policy Solutions, wurde z. B. festgestellt, dass zwei Drittel der Unterstützer_innen von Fidesz zu den »Erfolgen der letzten 10 Jahre« sowohl Gehaltszuwächse als auch verbesserten Lebensstandard zählen, wohingegen nur 10 Prozent der Oppositionswähler_innen eine »Verbesserung der Lage in den letzten 10 Jahren« konzedieren würde. 85 Prozent der Wähler_innen von DK (Demokratische Koalition) sind sogar der Meinung, die Situation sei »heute schlechter als vor 10 Jahren«. Diese gezielte Spaltung der Gesellschaft trug auch dazu bei, dass die Akzeptanz autoritärer Bestrebungen in der »upper class« der ungarischen Gesellschaft zwischen 2015 und 2018 von 6 Prozent auf 23 Prozent gestiegen ist.

Von einer der niedrigsten Unternehmenssteuern in der gesamten EU profitieren auch die großen ausländischen Investoren, wie beispielsweise die deutschen Autobauer, die nach Steuernachlass nur 3 Prozent entrichten und zusätzlich staatli-

che Subventionen beziehen. BMW beginnt die Bauarbeiten seiner ungarischen Niederlassung in Debrecen im ersten Quartal 2022. Die Produktion soll 2025 starten. Geplant ist, in diesem Werk 150 000 Autos (voraussichtlich mit Elektromotoren) pro Jahr zu produzieren und über 1 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investoren können sich auf gut ausgebildete Arbeitskräfte und entwickelte Forschungseinrichtungen stützen. Arbeitskräfte sind zwar billig, aber inzwischen rar geworden, sodass aus dem Ausland Arbeitnehmer_innen angeworben werden müssen. Der Krieg in der Ukraine könnte eventuell negative Auswirkungen bei der Nachfrage haben.

Erste Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bekommt Ungarns Tourismus-Branche im März und April 2022 zu spüren. Für diese beiden Monate sind bereits 20 Prozent der Buchungen vor allem aus den beiden östlichen Ländern storniert worden. Absagen sind aber auch aus Nordamerika und aus Asien eingegangen. Die Branche stellt sich auf einen sich weiter verstärkenden negativen Trend ein. Durch Störung bzw. Unterbrechung der Lieferketten infolge des Krieges in der Nachbarschaft muss mit teilweise erheblichen Beeinträchtigungen der industriellen Produktion gerechnet werden, von denen mittelfristig insbesondere die für Ungarn sehr bedeutende Fahrzeugindustrie betroffen sein könnte.

Bis zur Corona-Pandemie verzeichnete Ungarn so viele Arbeitsplätze wie noch nie zuvor seit 1990, was auch der Lohnentwicklung einen gewissen Schub hatte verleihen können. Nach offiziellen Daten halten sich bislang die Arbeitsplatzverluste durch die Pandemie in Grenzen, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass eine nur rudimentäre Arbeitslosenversicherung im Lockdown womöglich dazu führt, dass manche Arbeitnehmer_innen in unbezahlten Urlaub gehen und deshalb nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen. Nach Daten des Statistischen Landesamtes [KSH](#) im Januar 2022 betrug die durchschnittliche monatliche Zahl der Beschäftigten in der Gruppe der 15–74-Jährigen 4,644 Millionen, das sind 75 000 mehr als gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei den Männern stieg die Beschäftigungsquote – aus demografischen Gründen – um 0,9 Prozent auf 78,4 Prozent, bei den Frauen um 2,7 Prozent auf 69,5 Prozent. Im Zeitraum November 2021 bis Januar 2022 wuchs die Zahl der auf dem ungarischen Primärarbeitsmarkt beschäftigten Personen im Vergleich zum Vorjahr um 87 000 Personen, während die Zahl der »Public Work«-Bediensteten (im kommunalen Beschäftigungsprogramm) um 15 000 zurückging.

In Ungarn werden die neu aus der Gruppe der Beschäftigten herausgefallenen Personen den Arbeitslosen zugerechnet. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen betrug im Januar 2022 201 000 Personen, was einer Arbeitslosenrate von 4,2 Prozent entspricht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von 0,6 Prozent. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitssuche betrug 8,8 Monate, wobei 33,7 Prozent der Arbeitslosen seit mindestens einem Jahr auf Arbeitssuche waren.

Auf den Arbeitsmarkt zeichnet sich ein unterschiedliches Bild in der sektoralen [Entwicklung der Beschäftigung](#) ab: Während Landwirtschaft (–3 800), verarbeitende Industrie (–10 500)

und Tourismussektor und Gastgewerbe (–10 700) immer noch einen Rückgang an Beschäftigung im Vergleich zu 2019 zu beklagen haben, dürfen sich öffentliche Dienstleistungen (+ 100) Bauindustrie (+ 10 200) und Kommunikationssektor (+ 15 600) eines Zuwachses erfreuen.

Die ungarischen Gewerkschaften in der Automobilindustrie agieren in einem breiten und besonders verantwortungsvollen Umfeld. In dieser Branche sind immerhin 176 000 Arbeitnehmer_innen in etwa 740 Firmen beschäftigt, die 21 Prozent des ungarischen Exports produzieren.

Kurz nachdem Staatspräsident János Áder den Termin der Parlamentswahlen (3. April 2022) festgelegt hatte, kündigte Ministerpräsident Viktor Orbán auf Facebook einige soziale Wohltaten für Jung bis Alt in Form finanzieller Zuwendungen an. Die Spritpreise waren schon seit November 2021 eingefroren. Bald darauf kamen der Zinsstopp für Hypotheken und die Fixpreise für Strom hinzu. Außerdem erhalten Hausbesitzer mit mindestens einem Kind Zuschüsse für die Hausrenovierung und das Kreditmoratorium für Bedürftige wird verlängert. Wieder eingeführt ist eine dreizehnte Monatsrente für die älteren Generationen und junge Ungar_innen unter 25 Jahren sind ab Januar 2022 von der Einkommenssteuer freigestellt. Kräftige Lohnerhöhungen gab es unter anderem für Polizisten (plus zehn Prozent) und das Personal im Gesundheitswesen (plus 21 Prozent).

Ministerpräsident Viktor Orbán hatte am 9. Juni 2021 angekündigt, im Falle eines Wirtschaftswachstums in Höhe von 5,5 Prozent Eltern, die der Erziehungs- und Sorgerechtspflicht für ihre Kinder nachkommen, die Einkommenssteuer zurückzuerstatten. Seine Zusage bestätigte der Premier noch einmal im September 2021, als bereits von einem 7-prozentigen BIP-Wachstum für 2021 ausgegangen wurde. Tatsächlich erhielt die Mehrheit der Eltern, die für das Jahr 2021 eingezahlte Einkommensteuer bis zum 15. Februar 2022 vom Staat erstattet. Von dieser Maßnahme sind 1,9 Millionen Menschen in Ungarn betroffen. Wenn beide Eltern eine angemeldete Stelle nachweisen können, haben beide Teile Anspruch auf die Rückerstattung. Die Obergrenze der auszahlenden Summe orientiert sich am Durchschnittsgehalt von 2021, also 809 000 HUF (2 190 Euro) pro Person. Auch für Unternehmer mit Kindern gilt die Maßnahme und die für Mieteinkünfte entrichtete Einkommenssteuer wird ebenfalls zurückerstattet.

Das Wachstum der Verbraucherpreise erreichte im November 2021 7,4 Prozent. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte stiegen im dritten Quartal 2021 im Jahresvergleich um mehr als 10 Prozent. Die Erzeugerpreise für Geflügelfleisch erhöhten sich um durchschnittlich 15 Prozent und die für Getreide um mehr als 30 Prozent. Die Prognose der Ungarischen Nationalbank (MNB) ging im Dezember 2021 noch von einer mehr als 6-prozentigen Inflationsrate für die ersten Monate des Jahres 2022 aus, aber im Februar 2022 veröffentlichte das Statistische Amt (KSH) einen von 8,3 Prozent. Nach Angaben von Eurostat betrug die ungarische Inflationsrate im Februar 2022 8,4 Prozent und lag damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 6,2 Prozent. Das Statistische Landesamt (KSH) ermittelte einen um 8,2 Prozent höheren Anstieg der Verbraucherpreise im

Monat Februar 2022 als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Besonders heftig fiel der Preisanstieg für einige wichtige Lebensmittel wie Brot (+25 Prozent), Käse (+17,9 Prozent), Butter (+16,3 Prozent) und sonstige Molkereiprodukte (+15,5 Prozent) aus. Kräftig zogen auch die Preise für Fahrzeugkraftstoffe (+18,7) und Instandhaltung der Wohnungen (+18,7 Prozent) an. Bereits Anfang Januar hatte die ungarische Regierung die Preise für Zucker, Weizenmehl, Sonnenblumenöl, Schweinehaxen, Hühnerbrust und Milch (mit 2,8 Prozent Fettgehalt) wegen rasant ansteigender Lebensmittelpreise auf dem Stand vom 15. Oktober 2021 einfrieren lassen. Die steigenden Kosten für Nahrungsmittel und Energie belasten insbesondere die Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen, die aber einen nicht zu unterschätzenden Anteil der Wählerklientel der Regierungsparteien stellen. Die Kosten für Haushaltsenergie (Regiekosten) sind über aktive Preiskontrollen geregelt, wobei die gesenkten Preise besonders wohlhabendere Haushalte begünstigen und zum Energiesparen beitragen. Die per Regierungsdekret verordnete Preisobergrenze für einen Liter Benzin von 480 HUF (= 1,3 Euro) wirkt sich zumindest für kleine Tankstellenbetreiber negativ aus. Beim Verkauf sind sie an den Fix-Preis gebunden, doch beim Einkauf im Großhandel gezwungen, höhere Marktpreise zu zahlen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In Ungarn hat seit 2010 mit der Regierung Viktor Orbáns der soziale Dialog weiter an Bedeutung verloren und erfüllt inzwischen nur noch eine Schaufensterfunktion. Die wiederholten Versuche der Sozialpartner, an dieser für sie unbefriedigenden Situation etwas zu ändern, scheiterten an der bei den Parlamentswahlen von 2018 erneut mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigten Fidesz-Regierung. Sie bevorzugt statt des sozialen Dialogs in Fachgremien die »Nationale Konsultation« direkt mit der wahlberechtigten Bevölkerung. Diese Konsultation erfolgt über Fragebögen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, die über die Post den Haushalten bereits mehrfach zugestellt wurden. Nach Angaben der Regierungspartei Fidesz wurden dabei bislang 1,6 Millionen Menschen kontaktiert.

Den Begriff »Nationale Konsultation« verwendete Viktor Orbán erstmals in seiner Rede zur »Lage der Nation« im Jahre 2005, in der er versprach, seine geplanten Maßnahmen auf der Grundlage des Dialogs mit den Wähler_innen aufzubauen. Allerdings setzt dieser Begriff keinerlei Verbindlichkeit für die politisch Handelnden voraus. In keinem Fall kann dieses Format die regelmäßige fachbezogene Interessenabstimmung im sozialen Dialog der Regierung mit den Sozialpartnern ersetzen.

Unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen befinden sich die ungarischen Gewerkschaften gerade in der Pandemie-Krise in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Ihr Auftreten wirkt wenig selbstbewusst, eher reaktiv als proaktiv. Die ungarische Gewerkschaftsbewegung äußerte sich zu den Maßnahmen der Regierung während der Pandemie-Krise sowohl auf der Konföderationsebene als auch auf der von Branchen. Manche öffentlichen Stellungnahmen

wurden von mehreren oder gar allen Konföderationen getragen, andere nur von einzelnen. Bis auf den Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) forderten die anderen vier Konföderationen – ÉSZT, LIGA Gewerkschaften, MASZSZ und SZEF – in einer gemeinsamen Erklärung am 21. März 2020 die ungarische Regierung auf, alles zu unternehmen, damit nicht nur die Arbeitnehmer_innen, Rentner_innen und die in Armut lebenden Menschen die Lasten der Krise tragen müssen. Die Gewerkschaften, die sich in dieser Stellungnahme erstmals ausdrücklich »als integraler Teil der ungarischen Gesellschaft« bezeichnen, ein in dieser Situation wohl bewusst gewählter Zusatz, begrüßen zwar einerseits die Sofortmaßnahmen der Regierung zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie, kritisieren zugleich aber auch, dass einige von ihnen nicht angemessen seien. So zum Beispiel die Regelung, dass Arbeitgeber unbegrenzt die Arbeitszeiteinteilung verfügen könnten.

Die Mindestlöhne liegen in den osteuropäischen Ländern überall unter 5 Euro pro Stunde, doch Ungarn rangiert beim Mindestlohn sogar auf dem letzten Platz in Prozentzahl des Durchschnittlohns unter allen EU-Mitgliedsländern. Aber auch der Anteil der Sozialausgaben am öffentlichen Haushalt ist der sechsniedrigste unter den EU-Mitgliedstaaten (17,4 Prozent des BIP). Eine zentrale Forderung der Gewerkschaften ist, diese Situation zu ändern und die Mindestlöhne dem europäischen Durchschnitt wenigstens anzugleichen.

Anders als im Jahr zuvor liefen die Verhandlungen im Ständigen Konsultationsforum der Wettbewerbssphäre und der Regierung über die Mindestlöhne für das Jahr 2022 trotz unterschiedlicher Erwartungen vor allem auf der gewerkschaftlichen Seite sehr viel zügiger. Bereits Wochen vor Beginn der Gespräche hatte Ministerpräsident Viktor Orbán mit Blick auf die Parlamentswahlen im Frühjahr 2022 einen Mindestlohn in Höhe von 200 000 HUF (540 Euro) als Zielmarke vorgegeben. Und genau auf diesen Betrag verständigten sich am Ende die beteiligten Verhandlungsparteien. Gleichzeitig wurde auch das garantierte Lohnminimum für Facharbeiter_innen auf 260 000 HUF (702 Euro) angehoben. Unmittelbar profitieren von diesen Erhöhungen beim Mindestlohn 300 000 und beim garantierten Lohnminimum für Facharbeiter_innen sogar 800 000 Arbeitnehmer_innen. Doch die Auswirkungen der erhöhten Mindestlöhne betreffen darüber hinaus noch eine weitere Million Menschen, da viele andere Leistungen an die gesetzliche Mindestvergütung gekoppelt sind. Trotz erheblich gestiegener Löhne werden die durchschnittlichen Lohnstückkosten der Unternehmen infolge des Preisanstiegs und geringerer Arbeitgeberbeiträge real um 4 Prozent sinken.

Ministerpräsident Orbán, ließ sich die »feierliche« Unterzeichnung der Mindestlohnvereinbarung am 15. November 2021 nicht entgehen. Er nutzte diese Gelegenheit, um wenige Monate vor der Parlamentswahl für »gute Stimmung« bei den Verhandlungspartnern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften zu sorgen. Den Anstieg der ungarischen Mindestlöhne in den vergangenen 12 Jahren seiner Regierungszeit lobte er als »größte Errungenschaft der ungarischen Gewerkschaftsbewegung« und die Schaffung von Arbeitsplätzen als »größten Erfolg der Arbeitgeber«. Und

nicht zuletzt vergaß er auch nicht den Anteil der Regierung, die öffentlichen Finanzen geordnet zu haben, ins rechte Licht zu rücken.

GEWERKSCHAFTEN IN UNGARN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Zuge der politischen Wende erlebte auch die ungarische Gewerkschaftslandschaft einen tiefgreifenden Umbruch. Bereits vor dem Systemwechsel gründete sich die Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften, kurz LIGA. In den beiden folgenden Jahren zerfiel der im kommunistischen System allein existierende Landesrat der Gewerkschaften SZOT nach und nach in vier größere gewerkschaftliche Bündnisse: Neben dem MSZOSZ (Landesverband ungarischer Gewerkschaften), der vor allem Gewerkschaften der Wettbewerbssphäre organisierte und engere Beziehungen zur Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) pflegte, bildeten sich die Konföderation ASZSZ (Autonome Gewerkschaften), das Forum für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit (SZEZ) und die Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSZT) heraus. Deren Organisationsschwerpunkte liegen im öffentlichen Sektor bzw. im Bereich öffentlicher Versorgungsunternehmen und der Chemieindustrie. Mit dem 1990 gegründeten Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) entstand neben der LIGA noch eine weitere neue Konföderation, die sich vom früheren SZOT abgrenzte und Arbeitnehmer_innen in

allen Sektoren und Branchen vertritt. Den Machtkämpfen zwischen den Gewerkschaftsbünden folgten auf mehrere Versuche der Einigung auch eine weitere Zersplitterung der Branchenverbände sowie Gründungen unabhängiger Betriebsgewerkschaften.

Abgesehen von einigen kleineren Zusammenschlüssen gelang erst im Jahr 2013 mit der Vereinigung von MSZOSZ und der Konföderation Autonome Gewerkschaften eine Fusion größeren Ausmaßes. Aus dieser Verbindung ging der Ungarische Gewerkschaftsbund (MASZSZ) hervor, welcher heute nach der Mitgliederzahl der größte Dachverband ist und hauptsächlich Arbeitnehmer_innen in der Industrie und in der privaten Dienstleistungsbranche vertritt. Durch die Anerkennung des sogenannten »Siebten Gewerkschaftsbundes«, dem MSZ EDDSZ im Gesundheitsbereich, wurden jedoch in gewisser Weise die Fusionsbemühungen des Jahres 2013 und damit eine Flurbereinigung der zersplitterten Gewerkschaftslandschaft erneut konterkariert.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Während allein schon die Existenz von sechs Dachverbänden auf der obersten Ebene der Arbeitnehmer_innen-Interessenvertretung auf eine zerklüftete Gewerkschaftslandschaft in Ungarn hinweist, wird dieser seit dem Systemwechsel kaum veränderte Zustand durch die weitaus stärkere Fragmentierung auf den darunterliegenden Stufen der Branchen- und Betriebsverbände noch mehr hervorgehoben.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Ungarn

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Magyar Szakszervezeti Szövetség, MASZSZ (Ungarischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Róbert Zlati Stv. Vorsitz: Tamás Székely	104 000	IGB, EGB, FERPA
Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája, LIGA (Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Dr. Melinda Dospolyné Mészáros Stv. Vorsitz: István Árkovics	100 200	IGB, EGB
Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés, ÉSZT (Intellektuelle Gewerkschaftskonzentration)	Vorsitz: Dr. László Kuti Stv. Vorsitz: Dr. Katalin Artmann, Dr. Sándor Dráviczki, Tibor Fehér	27 000	EGB, EUROCADRES
Szakszervezetek Együttműködési Fóruma, SZEZ (Forum für Gewerkschaftskooperation)	Vorsitz: Csaba Csóti Stv. Vorsitz: Zsuzsa Szabó, Viktória Szűcs, Dr. Géza Agg, Lajos Szatmári	39 316	EGB
Munkástanácsok Országos Szövetsége, MOSZ (Nationaler Verband der Arbeiterräte)	Vorsitz: Imre Palkovics Stv. Vorsitz: Lajos Baumgartner, Dr. Judit Iványi Czuglerné, Gábor Holecz	50 000	IGB, EGB, EUCDW
Magyarországi Munkavállalók Szociális és Egészségügyi Ágazatban Dolgozók Demokratikus Szakszervezete, MSZ EDDSZ (Demokratische Gewerkschaft ungarischer Arbeitnehmer_innen im Sozial- und Gesundheitssektor)	Vorsitz: Ágnes Cser Stv. Vorsitz: Istvánné Orbán	7 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Ungarn

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Vasas Szakszervezeti Szövetség, VASAS (Metallgewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: Lívia Spieglne Balogh Stv. Vorsitz: Zoltán László, Balázs Bábel	20 500	IndustriAll, IndustriAll Europe
Pedagógusok Demokratikus Szakszervezete, PDSZ (Demokratische Union der Lehrer)	ÉSZT	Vorsitz: Anna Komjáthy (kommissarisch)	2 000	ETUCE, EI
Pedagógus Szakszervezet, PSZ (Lehrergewerkschaft)	SZEF	Vorsitz: Zsuzsanna Éva Szabó Stv. Vorsitz: Gábor Gosztonyi, Tamás Totyik	17 110 (davon aktiv 13 600)	ETUCE, EI
Magyar Vegyipari, Energiaipari és Rokon Szakmákban Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VDSZ (Gewerkschaftsverband der ungarischen Chemie-, Energie- und verwandten Berufe)	MASZSZ	Vorsitz: Tamás Székely Stv. Vorsitz: Béla Kiss (bis Mai 2022)	20 000	IndustriALL, IndustriAll Europe
Audi Hungária Független Szakszervezet, AHFSZ (Unabhängige Gewerkschaft AUDI Ungarn)	–	Vorsitz: Sándor Németh Stv. Vorsitz: Zoltán Horváth, László Háromi, György Csalogány, György Nagy, István Szabó	9 100	Intersoli Mittelosteuropa
Egyesült Villamosenergia-ipari Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, EVDSZ (Vereinigte Gewerkschaft für Elektrizität und Industrie)	LIGA	Vorsitz: Dr. József Szilágyi Stv. Vorsitz: József Téglás	8 500	EPSU, PSI, IndustriAll, IndustriAll Europe
Mérnökök és Technikusok Szabad Szakszervezete, MTSzSz (Freie Gewerkschaft der Ingenieure und Techniker_innen)	LIGA	Vorsitz: Erzsébet Buzásné Putz Stv. Vorsitz: László Sulyok	12 640	Eurocadres
Vasúti Dolgozók SZabad SZakszervezete Szolidaritás, VDSzSz (Freie Eisenbahngewerkschaft)	–	Vorsitz: Zoltán Halasi Stv. Vorsitz: Tibor Mózes	9 000	ETF, ITF
Kereskedelmi Alkalmazottak Szakszervezete, KASZ (Gewerkschaft der gewerblichen Arbeitnehmer_innen)	MASZSZ	Vorsitz: Zoltán Karsai Stv. Vorsitz: Antal Potyondi	8 500	UNI Europa, UNI Global
Vasutasok Szakszervezete, VSZ (Eisenbahnergewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: János Meleg Stv. Vorsitz: Csaba Horváth, Róbert Zlati	9 230	ETF, ITF
Postás Szakszervezet, PSZ (Postgewerkschaft)	LIGA	Vorsitz: Zsuzsanna Tóth Stv. Vorsitz: Ildikó Burján	4 770	UNI Europa, UNI Global
Vízügyi Közforgalmazási Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VKDSZ (Gewerkschaft der öffentlichen Wasserversorgung)	Liga	Vorsitz: József Fürjes Stv. Vorsitz: Attila György, Zsolt Szikra	6 000	EPSU, PSI

Die in beiden Tabellen aufgeführten Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der betroffenen Organisationen, sind erfahrungsgemäß daher – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur als bedingt zuverlässige Daten zu bewerten. Selbst Insider der ungarischen Gewerkschaftsbewegung gehen eher von geringeren Zahlen als den offiziell genannten aus.

Von den 12 in der Tabelle aufgeführten Branchen- und Betriebsgewerkschaften schaffte es allein die Gewerkschaft der öffentlichen Wasserversorgung VKDSZ, im gleichen Zeitraum um 1 000 Mitglieder zuzulegen, während diese Gruppe insgesamt mehr als 26 000 verlor.

Drei Wochen vor den Parlamentswahlen gelang es dem Ungarischen Gewerkschaftsbund (MASZSZ) endlich, sich im zweiten Anlauf am 11. März 2022 für einen neuen Vorsitzenden zu entscheiden, der in dem stellvertretenden Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft VSZ Róbert Zlati gefunden wurde. Im November 2021 scheiterten beim ersten Versuch die Bewerber_innen für den Vorsitz in zwei Wahlgängen an der geforderten Mehrheit von 50 Prozent plus eine Stimme. Die Wahl des Vorsitzenden war notwendig geworden, nachdem im September 2021 László Kordás unter dem Druck aus Mitgliedsgewerkschaften seinen Rücktritt erklärt hatte. Kordás wurde kritisiert, weil er in der Vorwahlkampagne der vereinten Oppositionsparteien einseitig Partei für die Spitzenkandidatin der Demokratischen Koalition (DK) ergriffen und damit nach Meinung von Mitgliedsorganisationen das selbstauferlegte Neutralitätsgebot der Konföderation verletzt hatte. Während der Monate zwischen den beiden Wahlkongressen des MASZSZ übernahm der Vizevorsitzende Tamás Székely die interimistische Führung der Konföderation. Er selbst bewarb sich beide Male um den Posten des Vorsitzenden, scheiterte aber sowohl im ersten wie im zweiten Anlauf. Ein Grund für seine Niederlagen könnte gewesen sein, dass ihm Teile der Mitgliedsorganisationen seine konziliante Haltung bei der Vereinbarung des Mindestlohns für 2022 im Konsultationsforum der Wettbewerbssphäre mit der Regierung (VKF) übelgenommen hatten. In einer ersten Erklärung nach seiner Wahl gab sich der neue Vorsitzende überzeugt, dass unter seiner Führung die Konföderation neuen Schwung aufnehmen werde. Satzungsgemäß muss er sich allerdings bereits nach nur 11 Monaten zum dann regulären Termin, dem Gewerkschaftstag 2023 zur Wiederwahl stellen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Arbeitsgesetzbuch von 2012, die Änderung des Streikgesetzes, die Verringerung der Anzahl der Arbeitsgerichte, die Entwertung des sozialen Dialogs, steuerliche Anreize für Arbeitgeber und großzügige Subventionen dienten immer dem Zweck, es so billig wie möglich zu machen, Menschen in Ungarn zu beschäftigen. Schließlich ist Arbeit nicht nur billig, wenn die Löhne niedrig sind, sondern auch, wenn man die Menschen zum Beispiel jederzeit zur Arbeit berufen kann, wenn Überstunden gar nicht oder erst später bezahlt werden müssen, wenn eine Entlassung leichtfällt, wenn Beschäftigte wenig Freiheiten besitzen, wenn sie keine Möglichkeit zu Aus- und Weiterbildung haben und natürlich, wenn es keine Ge-

werkschaft gibt, die gegen all dies vorgehen kann. Natürlich kommt es jeden Tag zu unzähligen Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt, in der der Arbeitgeber seine marktbeherrschende Stellung missbraucht, aber mangels organisierter Interessenvertretung ist wenig darüber bekannt, es sei denn, es geschieht uns selbst oder jemandem, den wir kennen.

Die Fälle, in denen Gewerkschaften an der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden, sind jedoch eklatant. Die politisch Verantwortlichen sind in allen Fällen von Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt eine angemessene Reaktion schuldig geblieben. Das war so bei Honda im Jahre 2013, bei Hankook ein Jahr darauf oder bei Suzuki im Jahr 2018. Natürlich verhält sich der Staat nicht anders als Arbeitgeber. Gewerkschaften werden als Partner nicht ernst genommen und die Regierung hat sich nicht ernsthaft mit den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer_innen im öffentlichen Sektor zusammengesetzt, selbst dann nicht, wenn sie rechtlich dazu verpflichtet gewesen wäre.

Erst jüngst führten das sogenannte Sklavengesetz und die temporären Modifizierungen des Arbeitsgesetzbuches während der Pandemie zu weiteren Einschränkungen der Rechte von Arbeitnehmer_innen. Zu letzteren gehörte eine Maßnahme, die das Arbeitsgesetzbuch durch ein davon abweichendes gesondertes Abkommen effektiv aufhob. Demzufolge wurden Arbeitnehmer_innen in vielen Fällen in eine unmögliche Situation gebracht: Entweder mussten sie einer unverhältnismäßigen Kürzung ihres Lohns zustimmen, Urlaub nehmen und auf ihre Pausen verzichten oder einen neuen Arbeitsplatz suchen.

Geteiltes Echo löste die Entscheidung des Verfassungsgerichts (AB) vom 27. April 2021 zur Novelle des Arbeitsgesetzbuches (AGB) von 2018, die als Sklavengesetz heftig bekämpft wurde und weiter umstritten ist, in der ungarischen Öffentlichkeit aus. Während bei Oppositionsparteien die Entscheidung geradezu begeistert aufgenommen wurde, werteten sie Gewerkschaften bestenfalls als einen Teilerfolg. Und auch in Kreisen der Arbeitsrechtsexperten schätzte man ihre Bedeutung als nur mäßig ein. Die als Sklavengesetz bezeichnete Regelung sieht vor, dass diejenigen Arbeitnehmer_innen, die in ungleichmäßiger Arbeit beschäftigt werden, sich einem sogenannten »Arbeitszeitrahmen« von bis zu drei Jahren anzupassen haben, das heißt, dass die Arbeitszeit innerhalb dieses Zeitrahmens zwischen den Jahren umgeschichtet werden kann. In der Praxis bedeutet das: auf ein weniger arbeitsintensives Jahr darf ein Jahr mit höherer Arbeitsbelastung folgen. In der Frage, ob die Arbeitszeit zwischen den Jahren umgeschichtet werden kann oder ob sie in Zeiträumen von mindestens 12 Monaten zu berechnen ist, vertrat das höchste Gericht eine arbeitnehmer_innenfreundliche Haltung. Ein Arbeitszeitrahmen von bis zu drei Jahren hätte ohnehin einen Tarifvertrag vorausgesetzt, also der Zustimmung der Gewerkschaft bedurft. Diesbezüglich mangelt es jedoch an praktischen Erfahrungen. Die in der entsprechenden EU-Richtlinie geforderte Arbeitszeit muss jedes Jahr eingehalten werden, d.h. die Arbeitszeit kann nicht im 3-Jahres-Durchschnitt in der Zukunft berechnet werden. Es handelt sich also bei der Entscheidung des Verfassungsgerichts

in erster Linie um eine rechtsdogmatische Änderung; einer inhaltlichen Bewertung des Sklavengesetzes hat es sich jedoch enthalten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Kernaufgaben der Gewerkschaften sind die klassischen »Aufträge« seitens der Arbeitnehmer_innen, mit anderen Worten, die Interessenvertretung und -durchsetzung am Arbeitsplatz. Dies wurde im Jahre 2020 wesentlich erschwert.

Nach der Novellierung des Streikrechts, gleich nach dem Machtwechsel im Jahre 2010 durch die Regierung Viktor Orbán, stellte sich heraus, dass das neue Gesetz vor allem mit seinen unscharfen Aussagen zu Notdiensten während eines Arbeitskampfes ein erhebliches Risiko für die Gewerkschaften erzeugt und letztlich das schärfste Instrument der Interessenvertretungen stumpf macht. Das belegt der Fall, der Ende 2020 durch höchstrichterliche Entscheidung der Kurie zu klären war. Die Gewerkschaften des sozialen Sektors hatten für das Frühjahr 2019 einen eintägigen Streik angekündigt und mit den zuständigen Regierungsstellen die im Gesetz vorgesehenen verbindlichen Notdienste verhandeln wollen. Durch eine Serie von Einsprüchen seitens des Arbeitgebers zog sich das Verfahren bis zur Entscheidung der Kurie über 486 Tage hin. Zwar billigte die Kurie die von den Gewerkschaften für den damals geplanten Streik vorgelegte Liste der Notdienste, was die betreffenden Organisationen sich aber nur noch als »moralischen Sieg« gutschreiben können, weil ihr eigentliches Anliegen sich inzwischen erledigt hat. So blieb ihnen am Ende allein der Appell an den Gesetzgeber, sich endlich darum zu bemühen, das im Grundgesetz anerkannte Streikrecht der Arbeitnehmer_innen mit den die Arbeitsniederlegung einschränkenden Regelungen in Einklang zu bringen. Doch gegenwärtig deutet nichts auf die Bereitschaft der Regierung hin, auf die gewerkschaftliche Forderung einzugehen und das weitgehend ausgehöhlt Streikrecht wieder aufzuwerten.

Selten zuvor ist ein Arbeitskampf in Ungarn auf ein so breites öffentliches Interesse gestoßen, wie in den Monaten vor der Parlamentswahl am 3. April 2022 der Streik der beiden Bildungsgewerkschaften (PDSZ und PSZ) und die Bewegung zivilen Ungehorsams von Beschäftigten in Schulen und Kindergärten. Zwar geht es den Gewerkschaften vor allem um eine deutliche Anhebung der Gehälter (um bis zu 45 Prozent bzw. Angleichung des Angestelltenstatus von Pädagog_innen bei der Entlohnung an das Niveau der Beamt_innen) und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen (z.B. Wiedereinführung der wöchentlichen 22-Stunden-Grenze für Lehrer_innen), aber mit ihren inzwischen gängigen Slogans »Streik ist ein Grundrecht!«, »Wer wird morgen unterrichten?« oder »Freies Land- Freie Bildung!« ist es ihnen gelungen, jenseits des Bildungssektors auch weitere Schichten der Gesellschaft mit Erfolg anzusprechen und zu mobilisieren.

So solidarisierten sich bei sehr kreativen und vielbeachteten Aktionen Schüler_innen von Gymnasien und Lehramtsstudierende für die streikenden Lehrer_innen. Zu dem von der kleineren, aber kämpferischeren Demokratischen Pädagog_

innen-Gewerkschaft (PDSZ) und der Tanítanék-Bewegung (Ich-möchte-unterrachten-Bewegung) initiierten »Großen Treffen der karierten Hemden« (inzwischen ein landesweit bekanntes Symbol des Protests der Pädagog_innen seit den beleidigenden Äußerungen eines Regierungsmitglieds über diese Berufsgruppe im Jahre 2016) fand sich am 19. März 2022 neben einer Vielzahl interessierter, keiner Organisation zuzuordnender Menschen über die verschiedensten Gewerkschaften hinaus fast das gesamte Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen vor dem Parlament in Budapest ein, um eine andere Bildungspolitik einzufordern. Während des Streiks taten sich besonders die ungarischen Landesorganisationen von Greenpeace, Amnesty International und Helsinki-Komitee mit ihren streikunterstützenden Aktivitäten hervor.

Niedrige Gehälter, ständig zunehmende Arbeitsbelastung, eingeschränkte Freiheit der Unterrichtsgestaltung und geringe Wertschätzung des Lehrerberufs seitens der Regierung beschreiben die den Streik auslösenden Gründe. Sie sind auch die Ursache für die mangelnde Attraktivität des Lehramtsstudiums, die selbst vom zuständigen Ministerium für Humanressourcen eingestanden wird. Registrierte das Ministerium für das Jahr 2018 noch 6000 Berufseinsteiger_innen, so ging deren Zahl 2020/21 auf 2000 zurück. Der Mangel an Lehrkräften entwickelt sich also zunehmend zum gesellschaftspolitischen Problem. Mit der allgemeinen Lohnentwicklung in Ungarn haben die Gehälter der Angestellten des Bildungssektors deshalb nicht Schritt halten können, weil als Grundlage der Gehaltsprojektion für ihre Berufsgruppen weiterhin die gesetzliche Lohntabelle von 2014 gilt. Infolgedessen wird nur deren unterste Kategorie dem jeweils aktuellen gesetzlichen Mindestlohn angepasst, während alle übrigen Entlohnungskategorien davon unberührt bleiben. Die Zusage der Regierung, die Gehälter um 10 Prozent anzuheben, wurde von den beiden Bildungsgewerkschaften als »lächerlich« zurückgewiesen.

Nach monatelangen ergebnislosen Versuchen, in zielführende Gespräche mit der Regierung zur Lösung der Probleme des vernachlässigten Bildungswesens einzutreten, riefen die beiden Bildungsgewerkschaften am 31. Januar 2022 einen zweistündigen Warnstreik aus, an dem sich 27000 Beschäftigte von Schulen und Kindergärten beteiligten. Wie üblich zweifelte die Regierung die Rechtmäßigkeit des Streiks an. Der daraufhin ausgetragene Rechtsstreit wurde erst vom Hauptstädtischen Berufungsgericht zugunsten der Regierung entschieden. Um den beiden Bildungsgewerkschaften die »Lust« auf den geplanten unbefristeten Streik ab 16. März 2022 zu nehmen, verschärfte das Ministerium für Humanressourcen unter Berufung auf die Pandemielage mit dem Regierungserlass 36/2022 (II.11.) die Auflagen für die Notdienste während des Streiks (extrem lange Aufsichts- und Betreuungspflichtzeiten, Verbot der Zusammenlegung von Klassen und Gruppen, Verpflichtung zu hohen Kontingenten an Unterrichtsstunden, bei Abiturklassen bis zu 100 Prozent in den Prüfungsfächern, Abzug von Gehaltsanteilen für streikende Lehrkräfte usw.). Trotz dieses von ihnen als »Anti-Streikverordnung« empfundenen Regierungserlasses hielten die Bildungsgewerkschaften den geplanten Streikbeginn am 16. März 2022 ein und den Arbeitskampf bis kurz vor dem Wahltag durch, da die Regierung

vor den Parlamentswahlen zu keinen Gesprächen mit den Interessenvertretungen bereit war. Die beiden Bildungsgewerkschaften PDSZ und PSZ beschlossen deshalb, den Streik bis zur Bildung einer neuen Regierung auszusetzen. Das gemeinsame Streikkomitee wurde aber nicht aufgelöst.

Wenige Tage nach Veröffentlichung der Verordnung hatte von Budapest ausgehend am 14. Februar 2022 eine Welle des zivilen Ungehorsams in Schulen und Kindergärten eingesetzt, die sich rasch über das ganze Land ausbreitete. Bis zum Ende der dritten Woche beteiligten sich an dieser weder in gewerkschaftlichem noch in parteipolitischen Auftrag handelnden Bewegung 320 Schulen mit mindestens 6300 Pädagog_innen, die für einige Stunden die Arbeit niederlegten. Der voraussichtlich lang andauernde Arbeitskampf fordert den Bildungsgewerkschaften eine veränderte, flexiblere und ökonomischere Form des Streikens ab, um bei möglichst geringen Lohnseinbußen größtmögliche öffentliche Beachtung zu erzielen. In der zweiten Woche des Arbeitskampfes gingen sie deshalb zum »rollenden Streik« (zuerst von den ungarischen Eisenbahnergewerkschaften in den 1990er Jahren angewendet) über, bei dem nicht alle Einrichtungen gleichzeitig bestreikt werden. Eine andere Methode besteht darin, die Lehrkräfte der unterschiedlichen Fachbereiche im Wechsel an verschiedenen Tagen die Arbeit niederlegen zu lassen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Das (politische) Gewicht der Gewerkschaften in Ungarn ist nach wie vor gering. Ungarn bleibt weiterhin das »Land der tausend Gewerkschaften«. Auch wenn die Mitgliederzahlen permanent sinken, erfolgen keine tiefgreifenden Strukturreformen bei den ungarischen Gewerkschaften. Mit der drohenden »Verzweigung« der Gewerkschaftsbewegung verliert die Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen weiterhin an Durchsetzungsfähigkeit und Bedeutung.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die durch die Pandemie hervorgerufenen oder gestärkten Segmente der Welt der Arbeit, wie Zustelldienste, Kuriere, Lieferservices von den Gewerkschaften angesprochen werden können. Es handelt sich um einen äußerst fragmentierten Bereich, der aus gewerkschaftlicher Perspektive allerdings auf keinen Fall außer Acht gelassen werden darf und sogar vielversprechend aussieht. Die Beschäftigungsstrukturen machen einen rasanten Strukturwandel durch. Die Gewerkschaften dürfen die ihnen sich jetzt dabei bietenden Chancen nicht verschlafen, sondern müssen schleunigst umdenken, neue Kommunikationskanäle erschließen und Strategien ausarbeiten und dann vor allem auch in der Praxis umsetzen. Vor ihnen liegt »gewerkschaftliches Brachland«, das es aufzubrechen und zu bestellen gilt.

Offen ist noch die Antwort auf die Frage, ob die Trennung des Fidesz von der konservativen europäischen Parteienfamilie EVP und der angestrebte Schulterschluss mit weiter rechts von dieser stehenden Parteien Europas auf die »Gewerkschaftspolitik« von Viktor Orbán haben wird. Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass die Regierung wohl kaum respektvoller mit den Gewerkschaften umgehen

dürfte. Denn bereits in der Regierungszeit der von ihm geführten »Bürgerkoalition« (1998-2002) fertigte Viktor Orbán die Gewerkschaften nach dem bis heute geltenden Grundsatz ab: »Wir sagen ihnen, was wir wollen. Wenn sie dann etwas einwenden, hören wir sie vielleicht an, aber wir entscheiden über die Arbeitnehmer_innen und über die Gewerkschaften nach unseren eigenen Vorstellungen«.

Die Gewerkschaften sind deshalb gut beraten, ihrerseits den engen, dauerhaften Schulterschluss mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu suchen, um somit das politische Gegengewicht der Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken. Nicht allein, sondern nur als Teil eines breiteren zivilgesellschaftlichen Bündnisses wären sie gegenwärtig vielleicht noch in der Lage, an positiven gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen mitzuarbeiten und damit neben den gewerkschaftlichen Kernaufgaben auch wieder eine politische (nicht parteipolitische) Rolle zu übernehmen. Der Stellenwert gewerkschaftlicher Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen wurde erst jüngst bei dem Streik und den Aktionen des zivilen Ungehorsams der Pädagog_innen unter Beweis gestellt.

Nicht unberechtigt scheint jedoch die Sorge zu sein, dass nach dem erneuten fulminanten Wahlsieg des rechtsnationalen Fidesz auf die Fassungslosigkeit des regierungskritischen Teils der ungarischen Gesellschaft am Wahlabend – die meisten Gewerkschaften eingeschlossen – angesichts der eigenen Machtlosigkeit bald Resignation folgen könnte.

Edít Németh, Projektkoordinatorin für Gewerkschaftsprogramme im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Ungarn, Budapest

Rainer Girndt, freier Berater in der gewerkschaftlichen und politischen Bildung; in den 1990er Jahren Leiter des Projekts Gewerkschaftliche Kooperation und industrielle Arbeitsbeziehungen im FES-Büro Budapest.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.